

In den sieben östlichen Provinzen Preußens gab es damals 1883 Grundeigentümer mit Eigentumskomplexen von über 1000 Hektar Fläche. Von den 16 406 Großgrundbesitzern dieser Provinzen 6155, das sind 39,3 Proz. Die Gesamtfläche, über die sie verfügten, umfaßte 4 916 897 Hektar, das sind nicht weniger als 21,06 Proz. der in Betracht kommenden Fläche der sieben östlichen Provinzen (17,59 Proz. der Acker- und Wiesenfläche, 36,26 Proz. der Waldfläche). Von diesen 1883 Latifundienbesitzern gehörten 77,4 Proz. dem Adel an.

Besitzungen von 5000 Hektar und darüber gab es 159. Sieht man von dem hier mitgezählten preussischen Domänenbesitz ab, so bleiben 158 Privatbesitzer, die über 1830 Güter mit einer Gesamtfläche von 1 768 046 Hektar (892 250 Hektar Acker und Wiese, 936 388 Hektar Wald) verfügten. Unter diesen Besitzern befanden sich 15 Souveräne und Mitglieder regierender Häuser mit 306 Gütern und 374 733 Hektar Fläche, und 123 sonstige Besitzer aus adligen Häusern mit 1358 Gütern und einer Gesamtfläche von 1 223 116 Hektar. Nur 10 bürgerliche Besitzer mit zusammen 80 Gütern und einer Gesamtfläche von 82 375 Hektar waren in diese Gruppe von Latifundienbesitzern eingedrungen.

Die 20 größten Landherren besaßen insgesamt 678 Güter mit 5 880 556 Hektar Fläche (189 393 Hektar Acker und Wiese, 367 190 Hektar Wald); jeder einzelne hatte durchschnittlich fast 34 Güter mit über 29 000 Hektar Fläche! Im einzelnen ergibt sich dabei folgendes Bild:

Besitzer	Güter	Acker- u. Wiesenfläche ha	Waldfläche ha	Gesamtfläche ha
1. Fürst von Pleß	83	17 671	49 635	70 139
2. Fürst. Fürst Anton von Hohenhausen-Sigmaringen	24	12 108	48 879	60 988
3. Fürst. Herzog v. Braunschweig	65	17 467	21 019	40 186
4. Fürst zu Hohenlohe-Schillingen	43	10 975	26 680	38 865
5. Prinz Friedrich der Niederlande	28	5 540	28 824	35 419
6. Herzog von Ratibor	58	7 068	24 888	34 826
7. Reichsgraf von Schaaffhausen	89	1 796	28 458	31 011
8. Prinz Friedrich Karl v. Preußen h. Erb.	8	11 680	11 657	23 800
9. Fürst von Thurn und Taxis	38	12 212	11 294	24 482
10. Graf Wendel von Donnersmarck-Wuditz	83	8 676	18 578	23 731
11. Herzog von Sagan	42	8 225	18 652	23 630
12. Reichsgraf von Brühl	12	5 078	16 097	22 716
13. Prinz Egon von Kurland	29	13 811	7 892	22 031
14. Herzog Friedrich Leopold von Anhalt-Desau	51	12 585	7 216	22 650
15. Graf zu Solms-Baruth, Friedr.	4	787	20 917	22 005
16. Fürst Göttau	62	18 467	4 926	19 762
17. Graf zu Stolberg-Berninger	21	6 630	11 742	19 649
18. Graf von Moltke	24	11 075	6 500	18 788
19. Fürst Hatzfeld	30	7 120	8 701	18 558
20. Sophie, Großherzogin v. Mecklenburg	24	9 083	9 797	18 642
Summa	678	189 593	367 190	588 056

In diesen Zahlen veranschaulicht sich die Machtposition der Grundherrenklasse, die das alte Preußen-Deutschland von Ostelbien aus beherrschte. Sie ist auch durch die Staatsumwälzung vom November 1918 in ihrem wirtschaftlichen Bestand nicht erschüttert worden. Und weitere Milliardenwerte sind ihr inzwischen durch die Hochpreissteigerung aller landwirtschaftlichen Produkte zugeflossen! Hier vor allem kann und muß fest zugegriffen werden, um dem Reich ein ausgeglichenes Mittelvermögen auf Grund und Boden als Unterlage seines Kredits und seiner Zahlungsfähigkeit zu verschaffen.

In allen osteuropäischen Staaten ist eine gefestigte Höchstbesitzgrenze für Grund und Boden festgelegt worden, über die hinaus alles Land zu billigsten Preisen oder ganz ohne Entschädigung an den Staat abgegeben werden muß. Die Höchstbesitzgrenzen bewegen sich zwischen 200 bis 500 Hektar. Auch die deutsche Republik sollte diesen Weg be-

schreiten. Das ist die dritte Maßnahme, um der Finanzkatastrophe vorzubeugen. Das Reich wird auf diese Weise Großgrundbesitzer auf größtem Maßstab. Zugleich kann es so der extremen Wirtschaft auf den Latifundien ein Ende machen durch Weiterbegebung des Landes in Heimstättenrecht oder Dauerpacht an bäuerliche Siedler, die vorzugsweise aus den Kreisen der Landarbeiter und Kleinbauernhöfe zu holen sind.

Bei einer solchen Finanz- und Agrarpolitik werden wir die gesamte wertvolle Landbesitzung auf unserer Seite haben. Die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen der steuerlichen Gerechtigkeit und dem volkswirtschaftlichen Fortschritt. Sie sind aber auch notwendig zur Sicherung der sozialen Demokratie. Denn die wirtschaftliche Machtposition der großen Grundherren ist zugleich die stärkste Triebkraft und Ausfallstelle der monarchistisch-militaristischen Reaktion, von der die schlimmste Gefährdung der deutschen Republik ausgeht. Es ist die höchste Zeit, daß dieses aus der Feudalzeit in das 20. Jahrhundert hineinragende Bollwerk alter Herrenmacht niedergelegt wird.

An alle Deutschen!

Wulle an der Arbeit.

Vor einigen Tagen machten wir darauf aufmerksam, daß Herr Wulle demnächst im Sportpalast eine schwarzweißrote Heerschau zu veranstalten gedenke. Uns liegt jetzt das Plakat für diese rechtsbolschewistische Versammlung vor. Es werden „alle Deutschen“ eingeladen, die sich zu den alten Farben schwarzweißrot bekennen. Die Heerschau schwarzweißrot soll am Sonntag, den 2. Oktober, 10 Uhr vormittags, im Sportpalast, Potsdamer Straße, stattfinden. „Die geschlossene Feier enthält als Kernpunkte die Stiftung der deutschen Ehrendenkmünze des Weltkrieges durch den Ordensrat des Verbandes nationalgesinnter Soldaten und die feierliche Weihe der schwarzweißroten Fahne des Deutschen Herolds E. B.“. Dazu sollen die Herren Wulle und v. Gräfe-Goldebeck stehen. Wir sind der festen Überzeugung, daß diese beiden theoretischen Vaterlandsverteidiger nicht nur die Ehrendenkmünze des Weltkrieges bekommen, sie werden auch eifrigst dafür sorgen, daß die schwarzweißrote Heerschau zur Befestigung der Rechtsbolschewisten dient.

Selbstverständlich kommen wir jetzt auf die Veranstaltung, die man zum Einheitsjahre von 1918 M. genießen kann, noch zurück. Beachtenswert erscheint uns überdies, daß schon jetzt Eintrittskarten für die Heerschau verkauft werden, und zwar im Bureau des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, des Nationalverbandes deutscher Offiziere, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen Volkspartei und des Deutschen Herolds.

Schrittmacher der Reaktion.

Die „Vossische Zeitung“, deren Spezialität es seit etlichen Jahren ist, in fast allen außerpolitischen und innerpolitischen Fragen unfehlbar daneben zu hauen, wendet sich lebhaft gegen die Ausführungen des Justizrats Werthauer in unserer gestrigen Morgenausgabe über „Die Republik und ihr Strafrecht“. Insbesondere die Forderung nach Abschaffung der Unabsehbarkeit der Richter erscheint ihr als ein verfassungswidriges Begehren. Mit stiller Entrüstung ruft sie aus:

„Es ist ein klassischer Widerspruch, wenn man auf der einen Seite das Recht zur Beseitigung der Verfassung aufruft und auf der anderen Seite einen ihrer wichtigsten und wesentlichsten Grundsätze beseitigen will.“

Wir müssen die Besart, als ob der Artikel Werthauers zu einem Verfassungsbruch anreizen würde, als eine böswärtige Unterstellung zurückweisen. Wir sind uns allerdings dessen bewußt, daß ein Gesetz, das die Unabsehbarkeit der Richter aufhebt, eine Verfassungsänderung bedeutet, daher einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages bedarf. Solche Verfassungsänderungen sind bereits in diesem Jahre

wiederholt vorgenommen worden. Es blieb dem „demokratischen“ Wullein-Platz vorbehalten, in der Verdächtigkeit unserer diesbezüglichen Absichten der Reaktion voranzugehen. Im übrigen ist die „Vossische Zeitung“ mit ihrem Urteil über die Frage selbst schnell fertig:

Daß die Unabsehbarkeit im Interesse unserer Rechtspflege unbedingt aufrechterhalten werden muß, bedarf keiner längeren Erklärung. Sie ist die Grundlage einer unabhängigen Rechtspflege, und diese ist gewiß doppelt notwendig in einem Staat, dessen Bevölkerung durch Parteileidenschaft so auseinandergerissen wird, wie es in Deutschland leider heute der Fall ist.

Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß dieses Thema einer sehr gründlichen Erörterung bedarf. Wir geben allerdings zu, daß die Aussichten der Erlangung einer Zweidrittelmehrheit sehr gering sind, wenn alle Demokraten in dieser Frage so kurzfristig und rückschrittlich urteilen, wie die „Vossische Zeitung“.

Preussischer Untersuchungsausschuß.

Am Mittwoch setzte der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages über den Mitteldeutschen Aufstand seine Beratungen fort. Auf der Tagesordnung stand die Vernehmung von Zeugen, die gemäß der Verfassung öffentlich war. Bei der Zeugenvernehmung, zu der die Genossen Seering, Höring und andere Reglementsbeamte als Zeugen geladen waren, wurde auf Vorschlag des Vorsitzenden Rüttner (Soz.) von einer eidlichen Vernehmung abgesehen.

Nach Erledigung einiger Vorfragen gab zunächst Minister a. D. Seering eine Darstellung der Ursachen des Aufstandes, in der er u. a. ausführte: Die Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, der Terror in den Bezirken nahm in erschreckender Weise zu und wurde von den zuständigen Behörden aufmerksam verfolgt. Von einem Einschreiten wurde auf Bitten der zuständigen Gewerkschaften, die nur eine Verschlimmerung davon befürchteten, abgesehen. Ausländer haben sich dort in großer Zahl aufgehalten. Ich war bereit, Ausländer auszuweisen, die den wirtschaftlichen Frieden zu stören suchten. Die rechtsstehenden Selbstschutzbewachungen, die über hinreichend Waffen verfügten, erregten das Mißtrauen der Arbeiterklasse. Daß Mißtrauen trug dazu bei, auch hier die Ablieferung der Waffen zu verzögern. Ich habe aber stets darauf gedrungen, bei der

Entwaffnungsaktion mit größter Neutralität gegen rechts und links vorzugehen. Die Notwendigkeit eines zentralen Polizeikommisariats gerade in der Provinz Sachsen wurde anerkannt und ein halbes Jahr vor den Unruhen sind dementsprechend Vorbereitungen getroffen worden. Bei dem Berliner Dynamitattentat stammten Teile des Sprengstoffes aus Mitteldeutschland und diese Warnungssignale veranlaßten mich, den Oberpräsidenten anzuweisen, rechtzeitig einzugreifen. Wir kamen in einer gemeinsamen Besprechung mit dem Oberpräsidenten und dem Ministerpräsidenten der Provinz Sachsen zu dem Beschluß, daß die Polizei einmarschieren sollte, da die einzelnen Gendarmen des Terrors in den Betrieben überhaupt nicht mehr Herr werden konnten. Beschlossen wurde damals, welche Amtsenfänger und Gemeindevorsteher aus ihren Ämtern zu entfernen seien, die sich bei ihrer Amtsführung von den bestehenden Beschlüssen bestimmen ließen. Bei der Besprechung, an der Vertreter aller politischen Parteien, außer den Kommunisten, teilnahmen, wurde von rechter Seite den geplanten Maßnahmen widersprochen.

Alarmierung der Reichswehr haben wir vor allem mit Rücksicht auf die oberstehtliche Abstimmung in Uebereinstimmung mit dem Reichskabinett vermieden. Am 17. oder 18. März rief die „Rote Fahne“ mit Hinweis auf Oberpräsidenten und die Sanctionen am Rhein die Arbeiter überall zur Aktivität auf. Als danach die Arbeiter gegen die Schupo aggraviert wurden, erwog das Kabinett nochmals das Einschreiten der Reichswehr. Ich mußte, daß die Reichswehr nur weitere Kreise der Arbeiterschaft dem Aufstand geneigt machen und die Gefahr vergrößern würde, es haben sich hinterher die aufgegebenen Polizeikräfte als genügend erwiesen.

Es wäre viel gewonnen, wenn in Zukunft solche traurigen Ereignisse nicht von verschiedenen Seiten zu parteipolitischen Zwecken ausgeschlachtet würden. Was gegen die Bedenken des Kabinetts ausgesprochen, besonders in Bitterfeld, sowie gegen den Oberpräsidenten vorgebracht worden ist, beruht auf tendenziöser Erfindung. Ueber die Beteiligung einiger Amts- und Gemeindevorsteher am Aufstand lag am 21. April, als ich mein Ministerium aufgab, noch kein abschließendes Ergebnis vor.

Auf Ersuchen des Vorsitzenden erstattet Abg. Seering über den Terror in den Betrieben und über das Ausreten verdächtiger

Das Burgenland.

Das schöne Burgenland, dessen erste deutsche Bewohner vor 1400 Jahren nach dem Siegeszuge Karls des Großen hier eine blühende Kultur begründeten und das seitdem ein deutscher Stammsitz gewesen, ist nun der Gegenstand eines erbitterten Kampfes, da die Ungarn mit Gewalt das Deutschösterreich zugehörige Land festhalten wollen. Ein anschauliches Bild dieses Landes, das jetzt in aller Munde ist, entwirft Hugo Pöhl in der „Deutschen Revue“.

Landchaftlich wechselt in diesen Gauen die Alpenwelt mit reichgegliedertem Hügel- und Ebenen, geziert von blühenden Städten und Dörfern, von zahlreichen Burgen und Schlössern, waldgeschmückt und rebenumkränzt. Den Namen erhielt das Land von den vielen Städten, die auf „Burg“ endigen. Die Ortschaften liegen oft sehr malerisch, und ihre Häuser zeigen altösterreichische Bauart; sie stammen noch vielfach aus dem Mittelalter. Im großen und ganzen herrscht Wohlhabendheit, und nur die Gebirgsbewohner an der Westgrenze fristen ein dürftiges Dasein. Die Leute des Burgenlandes nennen sich seit Jahrhunderten „Heangen“; ihre Stammverwandten bewohnen auch noch Teile von Steiermark und Niederösterreich. Der Name soll angeblich von einem Grafen Henzo von Güssing herkommen, der im 13. Jahrhundert eine bedeutende Rolle in Westungarn spielte. Seine zahlreichen Untertanen nannte man Henzos Leute, woraus Heangen entstanden ist. Daß die Deutschen im Burgenlande trotz aller Bedrängnisse ihren guten Humor bewahrt haben, zeigen die einzelnen Epitheten der Stammesgruppen. Die Leute um St. Gotthard und Güssing herum heißen „Koheneangen“, weil sie angeblich Totengräber sind. Im Rosaliengebirge westlich von Oedenburg heißen die „Repetierheangen“, deren Mundart dadurch auffällt, daß sie viele Ausdrücke wiederholen. Im Tale des Pustschens und dessen Seitentälern sind die gutmütigen „Geduldheangen“ zu finden. Die Güssing-Deutschen heißen „Hummheangen“, was soviel wie echte Heangen bedeutet. Zwischen Oedenburg und Rust wohnen die „Spiegelheangen“, so benannt, weil ihre Rodärmel wegen Nichtiggebrauches des Taschentuches einen Spiegelglanz haben sollen.

Die Bauern des Burgenlandes sind feste stramme Leute, so lange sie jung sind; bald aber werden sie sehr abgearbeitet aus. Uebermühtes Geizhals im Wirtschaftsleben ist nie zu hören, auch nie fröhlicher Gesang in Feld und Garten. Die Mädchen altern infolge der schweren Arbeit sehr früh. Die Tracht ist einfach und dunkel, ohne jeden Schmuck. Die Bauern tragen hohe Stiefeln, und legen die Arbeitsschuhe auch in der Stadt nicht ab, da sie auf dieses Abzeichen ihres Standes stolz sind. Ueberhaupt ist ihnen ein starkes Selbstbewußtsein eigen. Die Mundart der burgenländischen Bauern ist ziemlich schwer verständlich, wogegen der Städter ein gutes Deutsch spricht. Ueberhaupt ist die Stadtler anders geartet als die

Dorfbewohner, haben eine große Vorliebe für Belustigungen und sind von der Reichlichkeit der Madaren angefaßt. Der deutsche Städter erleidet in immer größerem Umfang dem ungarischen Einfluß, nur noch der Bauer und der Kleinstädter bekennen sich offen zum Deutschstum. Zur Zeit des Umsturzes gab es im Burgenlande nicht eine einzige deutsche Schule mehr, und die Jugend wird mit allen möglichen Mitteln dem magyarischen Einfluß unterworfen.

„Niemand im Reich“, sagt Pöhl, „hat eine Ahnung, mit welchen Mitteln gegen seine Stammesbrüder vorgegangen wird. Daß Oedenburg noch stark deutsch blüht, ist dem regen Verkehr mit Wien zu danken, doch schon begann man statt der doppelsprachigen Straßentafeln nur rein ungarische anzubringen, wie dies z. B. im erdösischen Eisenstadt der Fall ist und man selbst in deutschen Dörfern solches durchsetzte. Unter den übrigen Städten des Burgenlandes sind es vornehmlich St. Gotthard, Altenburg, Eisenburg, Wieselburg und Eisenstadt, die noch deutsch genannt werden können, während das freundliche Güns bereits mehr als zur Hälfte Madaren zählt, d. h. Renegaten.“ Außer vielen landschaftlich bemerkenswerten Gegenden gibt es im Burgenlande auch historisch interessante Stätten, so die riesige Gräberstätte aus der Hallstätter Periode bei Oedenburg, das römische Ritterhaus am Neusiedler See usw. Die Heangen haben der Welt Franz Liszt geschenkt, die Heidenbauern Haydn, und noch so mancher Gelehrte und Künstler stammt aus dem Burgenlande.

Politik und Schönheitskonkurrenz. Nicht geringe Aufregung hat in der politischen Welt Washingtons die Entdeckung hervorgerufen, daß der Multimillionär Manuel Harriid, der Vertreter des Staates Oklahoma im amerikanischen Repräsentantenhaus, sich an eine Anzahl junger Damen der guten Gesellschaft mit der schriftlichen Aufforderung gewandt hat, sich an einem von einem Lokalblatt veranstalteten Schönheitswettbewerb zu beteiligen. Der Herr Abgeordnete bot in seinem Einladungsschreiben überdies der Preisträgerin gleichzeitig sein Herz, seine Hand und sein Vermögen an. Herr Harriid bekannte sich ohne weiteres als der Schreiber dieser Briefe, machte aber zu seiner Entschuldigung geltend, daß ihn bei der Abfassung nur die Absicht geleitet habe, Material zur Unterstützung des Gesetzentwurfes in die Hände zu bekommen, den er im Repräsentantenhaus eingebracht hat und der den Zweck verfolgt, die von den amerikanischen Zeitungen immer häufiger veranstalteten Schönheitswettbewerbe als Unternehmungen zu brandmarken, die zu verurteilen sind.

Herr Harriid hat es allerdings für angeeignet gehalten, sich in den an die Schönen Amerikas gerichteten Briefen als ein Mann zu rühmen, der ein fleckenloses Leben geführt hat und der versichert darf, daß er, noch ehe acht Jahre vergangen sind, an der höchsten Stelle des Staates stehen und die Frau seiner Wahl zu dieser Höhe emporheben werde. Der seltsame Gesetzentwurf, daß er unter 50 abgeordneten Briefen nur eine Erwähnung erhalten habe. Er hat allerdings in seinen Briefen nicht verfehlt, den jungen Damen zu versprechen zu geben, daß es sich hier um den „größten Preis handelt, den eine Frau in der Welt gewinnen kann“. Herr Harriid behauptet, daß er seinen Antrag dem besten Dienst gestiftet hat.

Deutschlands größter Buchbinder. Der Jakob-Krause-Bund, die Vereinigung der deutschen Kunstbuchbinder, die jetzt im Weichen Saal des Berliner Schlossmuseums eine schöne Ausstellung deutscher Einbandkunst veranstaltet, hat sich ihren Namen gegeben nach dem größten deutschen Buchbinder, nach Jakob Krause, dessen unübertroffene Meisterwerke eine Hauptzierde der Ausstellung bilden. Diesen hervorragenden Künstler kennt man erst seit dem Jahre 1897 näher, als Prof. Berling im „Jahrbuch für Buchwissenschaft“ Einbände des Meisters entdeckte. In jüngerer Zeit hat man nun wertvolles neues Material über Krause und seine Arbeiten zusammengebracht, und im Katalog der Ausstellung wird darüber Näheres berichtet.

Krause war Hofbuchbinder des Kurfürsten August von Sachsen. Im Jahre 1566 wurde er aus Augsburg berufen. Jährlich erhielt er 50 Gulden und außerdem wurde ihm jede Arbeit für den Hof besonders bezahlt. Eine zweite Bestimmung von 1575 sicherte ihm ein höheres Gehalt zu. Krause hat in der Zeit von 1566 bis zu seinem Tode 1585 zweifellos eine große Menge Bücher gebunden. Während zunächst nur etwa 70 Bände nachgewiesen werden konnten, hat jetzt Dr. Arthur Richter in der sächsischen Landesbibliothek 200 neue und bekannte Einbände entdeckt. Um diese kostbaren Bände zu schützen, wird dort eine besondere Jakob-Krause-Abteilung eingerichtet.

Die neu aufgefundenen Prachtbände sind sämtlich reich verziert — bisweilen auch verfilbert und bemalt — mit Goldschmuck. Sie gewähren einen guten Einblick in das Kunstschaffen dieses Meisters. In den reichvergoldeten Verzierungen der Einbände offenbart sich ein bewundernswürdiger Reichtum der Entwürfe, in den oft farbigen Goldschmitten eine sippige Phantasie. Krauses Bedeutung für die Geschichte der deutschen Buchkunst beruht darin, daß er die Neuerungen der Renaissance in Deutschland einführt. Er hat eine ganz neue Ornamentik im deutschen Bucheinband geschaffen, bei der die Figur gegen das rein Ornamentale, besonders gegen die Arabeske, zurücktrat. In technischer Beziehung bestanden die von ihm zuerst verwendeten Neuerungen im vielfältigen Färben des Leders und in der Anwendung von Gold- und Silberdruck. Krause hat eine solche Fülle schöner und materialgerechter Einbände geschaffen, daß er damit alle anderen deutschen Buchbinder weit übertraf.

In der Volkshalle. Theater am Volkspalast, wird in Abänderung des Spielplans am Sonntag nachm. 2½ Uhr „Die lange Gasse“ und abends 7½ Uhr „Das Volkstheater“ und „Die Komödie der Irrungen“ gegeben.

Im Neuen Volkstheater werden heute abend „Die Fremden“ gegeben, nicht wie im Annoncenblatt angegeben war, „Die Falschbahn“.

Ein Theater ausgesperrter Schauspieler. In Hamburg wird unter dem Namen „Freie Bühne“ Mitte September ein neues Theater eröffnet. Sie wird von den ausgesperrten Schauspielern des Altonaer Stadttheaters in Form einer G. m. b. H. ins Leben gerufen. Die Geschäftsführer wurden u. a. Karle Borchardt, Regisseurmann der Bühnengemeinschaft, und Dr. Czempin gewählt, der die künstlerische Leitung übernimmt. Das Unternehmen, das für einen geringen Eintrittspreis der Arbeiter- und Angehörigenklasse im Vorkriegsstande Vorstellungen gibt, wird von der Bühnengemeinschaft gestützt.

Mariendorf. Besuch der Abteilung Tempelhof. Treffpunkt 7 Uhr am Bahnhof Mariendorf.

